

Kurzfassung



**Zusammen in Vielfalt.
Nachhaltig. Vernetzt.**

**Forderungen der Volkshochschulen für
eine zukunftsfähige Weiterbildung in Deutschland**

Zusammen in Vielfalt. Nachhaltig. Vernetzt.

Forderungen der Volkshochschulen für eine zukunftsfähige Weiterbildung in Deutschland

Gesellschaftliche Entwicklung geht untrennbar mit Bildungsprozessen einher. Damit sich die Menschen in Deutschland aktiv an der Ausgestaltung einer demokratischen und zukunftsfähigen Gesellschaft beteiligen können, muss die neue Bundesregierung die beträchtlichen Potenziale der Weiterbildung systematisch nutzen und stärken. Der Bund nimmt damit als nationale Aufgabe und Verpflichtung wahr, was „die europäische Säule sozialer Rechte“ jeder Person zuerkennt, nämlich „das Recht auf allgemeine und berufliche Bildung und lebenslanges Lernen von hoher Qualität und in inklusiver Form, damit sie Kompetenzen bewahren und erwerben kann, die es ihr ermöglichen, vollständig am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und Übergänge auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich zu bewältigen.“

Volkshochschulen haben der Bundesregierung ihre Bildungspartnerschaft angeboten, um lebensbegleitendes Lernen nachhaltig und wirkungsvoll zu gestalten. Diese Bildungspartnerschaft zwischen dem Bund und dem flächendeckenden Netz der Volkshochschulen und ihrer Verbände gilt es auszubauen. Volkshochschulen haben auch in der Corona-Krise unter Beweis gestellt, dass sie das staatliche Krisenmanagement wirkungsvoll unterstützen können, indem sie komplexe transformative Prozesse auf der lokalen Handlungsebene begleiten, erklären und einen Dialog darüber initiieren.

Als wichtiger Bestandteil des Systems der öffentlich verantworteten Weiterbildung benötigen Volkshochschulen ausreichende Ressourcen und eine strukturelle Absicherung.

Dringenden Handlungsbedarf sieht der Deutsche Volkshochschul-Verband e.V. (DVV) vor allem in den folgenden Themenfeldern: Weiterbildungspolitik, Digitalisierung, Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Bildung für nachhaltige Entwicklung, Alphabetisierung, Grundbildung und Integration und Internationale Zusammenarbeit.

Weiterbildungspolitik

Weiterbildungspolitik formt die strategischen Leitlinien für lebensbegleitendes Lernen in Deutschland. Sie identifiziert Bedarfe und Potenziale und schafft Rahmenbedingungen für eine operative Umsetzung. Der Bund muss dieses wichtige bildungspolitische Handlungsfeld nach Kräften mitgestalten.

Unsere Forderungen:

Breitere Ausrichtung der Nationalen Weiterbildungsstrategie

Die Volkshochschulen halten es für unerlässlich, dass der Bund in der „Nationalen Weiterbildungsstrategie“ das gesamte System des lebensbegleitenden Lernens gleichermaßen berücksichtigt, gerade auch die allgemeine Weiterbildung. Als größtes Netzwerk der öffentlich verantworteten Weiterbildung gehören die Volkshochschulen bei der strategischen Planung mit an den Tisch.

Strukturelle Absicherung der öffentlich geförderten Weiterbildung

Die Volkshochschulen halten es für unerlässlich, dass der Bund einen Hilfsfonds zum Ausgleich existenzgefährdender Einnahmeausfälle in Krisenlagen aufsetzt und dauerhaft wirksame Regelungen zur besseren sozialen Absicherung freiberuflicher Lehrkräfte in der öffentlichen Weiterbildung schafft.

Umsatzsteuerbefreiung der allgemeinen Weiterbildung

Die Volkshochschulen halten es für unerlässlich, dass der Bund seine nationalen Entscheidungsspielräume nutzt, um die gesamte allgemeine Weiterbildung als vierte Säule des Bildungssystems dauerhaft von der Umsatzsteuer zu befreien.

Digitalisierung

Die Bevölkerung in die Lage zu versetzen, souverän am digitalen Wandel teilzuhaben, ist eine der größten bildungspolitischen Herausforderungen unserer Zeit. Die Volkshochschulen halten deshalb einen Masterplan für geboten, der die Grundlage eines Bund-Länder-Programms bildet und wichtiger Bestandteil einer umfassenden Digitalisierungsoffensive für Deutschland ist. Es gilt, infrastrukturelle und inhaltliche Bedarfe zu identifizieren, um ein kohärentes Gesamtkonzept für die Weiterbildung in der digitalen Welt zu entwickeln.

Unsere Forderungen:

Digital Literacy für die breite Bevölkerung

Die Volkshochschulen halten es für unerlässlich, dass der Bund ein Programm zur digitalen Breitenbildung aufsetzt, das die Kompetenzfelder des europäischen Referenzrahmens zur digitalen Bildung (DigComp) modular auf verschiedenen Niveaustufen umfasst.

Digitale Infrastrukturentwicklung in der Weiterbildung

Die Volkshochschulen halten es für unerlässlich, dass der Bund in Form eines „Investitionsfonds Digitalisierung in der Weiterbildung“ die technische Ausstattung und Infrastruktur der Einrichtungen vorantreibt, um der weiter voranschreitenden digitalen Spaltung der Gesellschaft systematisch entgegenzuwirken.

Qualifizierung von Lehrkräften und Programmverantwortlichen für digitale Weiterbildung

Die Volkshochschulen halten es für unerlässlich, dass der Bund ein Entwicklungsvorhaben aufsetzt, um Qualitätsstandards für neue digitale Formen des Lehrens zu entwickeln. Dies umfasst auch die Bereitstellung ausreichender Finanzmittel, um Lehrkräfte sowie Programmverantwortliche in ihren digitalen Unterrichtskompetenzen zu qualifizieren.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Demokratiebildung stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die Bedeutung einer informierten, mündigen und verantwortungsvoll handelnden Bürgergesellschaft ist durch die Corona-Pandemie einmal mehr unterstrichen worden. Weiterbildung stärkt durch ihre Bürgernähe, ihre Begegnungsangebote und Dialoge den Meinungsaustausch, das Verständnis verschiedener Perspektiven und Standpunkte und somit den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Unsere Forderungen:

Aufsetzen eines Bundesprogramms zur Demokratiebildung

Die Volkshochschulen halten es für unerlässlich, dass der Bund in Zeiten sich verstärkender gesellschaftlicher Spaltungs- und politischer Radikalisierungstendenzen ein besonderes Augenmerk auf Demokratiebildung richtet, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Ein entsprechendes Bundesprogramm muss aktuelle Fragen von hohem Publikumsinteresse systematisch aufgreifen und ein handlungsorientiertes Verständnis fördern. Daneben muss es auch Mittel für innovative Dialog- und Beteiligungsformate vorsehen und deren Umsetzung unter der Regie von Volkshochschulen auf kommunaler Ebene fördern.

Verfestigung des Förderprogramms „Kultur macht stark“

Die Volkshochschulen halten es für unerlässlich, dass der Bund das erfolgreiche Förderprogramm „Kultur macht stark. Bündnisse für Bildung“ auch nach 2022 fortsetzt.

Bildung für nachhaltige Entwicklung

Die Globale Nachhaltigkeitsagenda der Vereinten Nationen identifiziert Bildung als ein wesentliches Handlungsfeld, wenn es darum geht, Menschen für eine zukunftsähnliche Lebensweise zu qualifizieren. Den Zugang zu solchen Austausch- und Bildungsprozessen zu ebnen und möglichst viele Menschen in die Lage zu versetzen, nachhaltig zu handeln, sind wesentliche Erfolgsfaktoren für Transformation und Zukunftsfähigkeit.

Unsere Forderung:

Förderprogramm für nachhaltige Entwicklung

Die Volkshochschulen halten es für unerlässlich, dass der Bund den „Nationalen Aktionsplan Bildung für nachhaltige Entwicklung“ in ein Förderprogramm überführt, das finanzielle Mittel zur Weiterbildung der breiten Bevölkerung bereitstellt.

Alphabetisierung, Grundbildung und Integration

Weiterbildung muss den Erwerb von Kompetenzen für eine souveräne Teilhabe am beruflichen und gesellschaftlichen Leben fördern. Auch die Integration Zugewanderter bedarf eines ganzheitlichen Bildungsansatzes, der (inter-)kulturelle, gesellschaftspolitische, berufliche und gesundheitsbezogene Bildung mit Sprachlernangeboten verknüpft. Darüber hinaus kann die Integration nur als gesamtgesellschaftlicher Prozess gelingen, in dem die Bildungsbedürfnisse von Zugewanderten und einheimischer Bevölkerung gleichermaßen berücksichtigt werden.

Unsere Forderungen:

Regelförderung für Alphabetisierung und Grundbildung

Die Volkshochschulen halten es für unerlässlich, dass der Bund seine Förderung im Bereich der Alphabetisierung und Grundbildung ausbaut. Dies schließt Entwicklungsprojekte ebenso ein wie die dringend notwendige staatliche Regelförderung, die allen Betroffenen eine vollfinanzierte Teilnahme an Alphabetisierungs- und Grundbildungsangeboten ermöglicht. Auch die kontinuierliche und niedrigschwellige Ansprache ist unabdingbar.

Bildungsübergänge und Nachholen von Abschlüssen

Die Volkshochschulen halten es für unerlässlich, dass der Bund innerhalb der Nationalen Dekade ein breites Grundbildungssangebot entwickelt und fördert, um für alle in Deutschland lebenden Menschen die Voraussetzungen und die Anschlussfähigkeit für den nachholenden Erwerb formaler (Schul-)Abschlüsse zu verbessern.

Integrations- und Berufssprachkurse

Die Volkshochschulen halten es für unerlässlich, dass der Bund die Integrations- und Berufssprachkurse finanziell besser ausstattet und dazu die Trägerpauschale nachhaltig anhebt. Zugleich muss der Bürokratieabbau im Integrations- und Berufssprachkurssystem deutlich verstärkt werden.

Recht auf Bildungsberatung und Bildungsplanung

Die Volkshochschulen halten es für unerlässlich, dass der Bund bildungsbenachteiligten Zielgruppen ein Recht auf individuelle Bildungsberatung und Bildungsplanung gewährt, die in geeigneten Formaten angeboten werden.

Internationale Zusammenarbeit

Das kommunal verankerte Erwachsenenbildungssystem in Deutschland mit seinen bundesweit rund 900 Volkshochschulen und seinem umfassenden Programmangebot ist einzigartig und findet in Europa und weltweit viel Beachtung. Deutsche Ministerien müssen im Rahmen ihrer internationalen Zusammenarbeit mehr auf Weiterbildung setzen, allen voran das Bundesministerium für wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Unsere Forderungen:

Bildungsstrategie für Europa

Die Volkshochschulen halten es für unerlässlich, dass sich der Bund gegenüber der Europäischen Kommission für eine Stärkung der Erwachsenenbildung in all ihren Facetten als wichtigem Bestandteil des lebensbegleitenden Lernens aktiv einsetzt.

Weiterbildung als Schwerpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

Die Volkshochschulen halten es für unerlässlich, dass der Bund seinen Förderschwerpunkt Bildung innerhalb der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Sinne des Lebenslangen Lernens weiter ausbaut.

Die ausführlichen Forderungen der Volkshochschulen zur Bundestagswahl und weitere Materialien zum Wahljahr 2021 finden Sie online unter:

www.volkschorschule.de/wahl2021

Bildnachweis Titel:

Getty Images / filadendron

Herausgeber:

Deutscher Volkshochschul-Verband e.V.

Königswinterer Straße 552 b

53227 Bonn

wahl2021@dvv-vhs.de

www.volkschorschule.de